

Die Deutschböhmen beim Ernährungsminister.

Gestern nachmittags sprach eine Abordnung der Landesparteileitung der Deutschen Fortschrittspartei in Böhmen und des Ernährungsausschusses der Partei, bestehend aus den Herren Generalsekretär Melzer, Direktor Staudt, Redakteur Dr. Bacher und Kommissär Dr. Dembický, auf Einladung des Amtes für Volksernährung beim Minister Paul vor, um mit ihm die vom Ernährungsausschuss ausgearbeiteten Vorschläge zur Regelung der Ernährungsfrage zu besprechen.

Der Minister unterzog in erster Linie die vom Ernährungsausschuss vorgeschlagene Einteilung Böhmens in neun geschlossene, nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengefaßte Wirtschaftsgebiete und deren Wirtschafts-Verwaltungsapparat an der Hand einer Karte einer näheren Besprechung und bemerkte hierzu, daß mit Rücksicht auf ähnliche Vorschläge auch von anderen Seiten diese Frage den Gegenstand von Beratungen bilde. Besondere Aufmerksamkeit widmete der Minister jenen Punkten der Vorschläge, die auf Feststellung eines individuellen Mindestablieferungskontingents beim Selbstversorger unter gleichzeitiger Erhöhung der Quote des Selbstversorgers hinstielen. Eine eingehende Würdigung fanden auch die Vorschläge der Partei über die Grundsätze der Preisbildung. Der Minister bemerkte bei diesem Anlaß, daß durch die Freigabe des Handels mit Frühobst und Gemüse der Öffentlichkeit wohl die Unhaltbarkeit eines freien Handels im Kriege drastisch genug vor Augen geführt wurde, um vor einer Wiederholung eines derartigen Experiments zu warnen.

Zum Schluß lenkte die Abordnung die Aufmerksamkeit des Ministers auf die Regelung des Schweineverkehrs, dessen Freigabe die verhängnisvollsten Wirkungen zur Folge hatte. Da die Schweinezucht für die Fettversorgung von größter Bedeutung ist, erklärte der Minister, daß Maßnahmen erwogen werden, durch die die Zucht und der Verkehr mit Schweinen von Grund auf neu geregelt werden.

Nach einer Erörterung der Frage bezüglich der Belieferung von Mittelstandsküchen und der Maßnahmen, durch die eine Doppelversorgung verhütet werden soll, entließ der Minister die Abordnung mit der Versicherung, daß die Vorschläge des Ernährungsausschusses der Fortschrittspartei eine sehr ernste und gründliche Arbeit darstellen, die für die künftigen Erwägungen auf alle Fälle eine beachtenswerte Grundlage bilden werde.